

**Parlamentarischer Vorstoss****2019/67**

---

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	<b>Klimastreik der Schülerinnen und Schüler im Kanton Baselland</b>
Urheber/in:	Jan Kirchmayr
Zuständig:	--
Mitunterzeichnet von:	--
Eingereicht am:	17. Januar 2019
Dringlichkeit:	—

---

Von Schweden bis Australien über die Schweiz streiken SchülerInnen für Klimaschutz und ihre Zukunft. Begonnen hat die weltweite Bewegung des "Climate Strike" mit der 15jährigen Greta Thunberg. Die Schwedin geht seit August 2018 mindestens einmal die Woche nicht in die Schule, sondern setzt sich mit ihren Schulbüchern vor das Parlament, um die Regierung aufzufordern, sich konsequenter für den Klimaschutz einzusetzen. Sie streikt die Schule, um maximale Aufmerksamkeit auf das Klimathema zu lenken – und das mit grossem Erfolg. Weltweit berichteten Medien über ihre Aktion und sie inspirierte viele SchülerInnen in anderen Ländern. So gab es jetzt Schulstreiks für das Klima in Australien, Dänemark und auch in der Schweiz. Am Freitag, 22. Dezember, haben über 1'500 Schülerinnen und Schüler mit ihrem Klimastreik in Basel ein beeindruckendes Zeichen für mehr Klimaschutz durch die Politik gesetzt. Dabei haben Teile der SchülerInnenschaft in Kauf nehmen müssen, dass sie für das Fernbleiben mit Absenzen und daraus folgend möglichen Arresten und Nachteilen bestraft werden.

Aufgrund dieser Ausgangslage bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Anliegen des Streikes?
  2. Wie sieht der Regierungsrat das Recht der Schülerinnen und Schüler auf Teilnahme an einem Streik?
  3. Gibt es aus Sicht des Regierungsrates Lösungen, um die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Protestveranstaltungen oder Streiks ohne Nachteile zu ermöglichen?
  4. Welchen zusätzlichen Handlungsbedarf in seiner Klimapolitik sieht der Regierungsrat aufgrund der Forderungen der Schülerinnen und Schüler?
-